



Jahrestagung 2016

Begrüßung

Stephan Nießner
Präsident Bund für Lebensmittelrecht und
Lebensmittelkunde e. V.

28. April 2016
Auditorium Friedrichstraße Berlin

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Kloos,
sehr geehrter Herr Professor Dr. Hensel,
sehr geehrter Herr Müller,
sehr geehrte Frau Ohrnberger,
sehr geehrter Herr Mahlberg,
sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundestags und der Botschaften,
sehr geehrte Vertreter der Bundes- und Landesbehörden sowie der Medien,
liebe Mitglieder und Gäste des BLL,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserer BLL-Jahrestagung, bei der wir uns dieses Mal hauptsächlich mit der Ernährungspolitik und dem goldenen Weg der Ernährungsbildung beschäftigen wollen. Als Vorspiel habe ich heute Morgen an einer aufschlussreichen Gesprächsrunde teilgenommen, bei der ich zusammen mit dem Präsident der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, Professor Hesecker, und der Vorsitzenden des Verbraucherausschusses im Bundestag, Renate Künast, über die zentrale Frage „Salz, Fett, Zucker. Wie viel ist zu viel?“ diskutieren durfte. Auf dem Frühstückstisch vor uns waren Käse, Wurst, Marmelade, Quark, Brötchen, Kaffee sowie Saft, Wasser und Obst angerichtet. Eine Auswahl von allem, was zu einem ausgewogenen Frühstück dazu gehört. Und jeder von uns hat nach persönlichen Vorlieben und individuellem Geschmack sein bzw. ihr präferiertes Frühstück zusammengestellt. Wenn Sie nachher in die Kaffeepause gehen, haben Sie auch die Wahl. Sie können wählen zwischen Gebäck, Obst und Müsli.

Angebot und Wahlmöglichkeit sind wichtige Voraussetzungen für eine ausgewogene Ernährung. Mindestens genauso wichtig ist die Information über das Angebot und das Verständnis für Lebensmittel und ihre Zusammensetzung, um eine bewusste Wahl – ganz gleich welche Motive dieser zugrunde liegen – treffen zu können. Von daher kann die Frage, „wie viel zu viel ist“ nur von jedem mündigen Menschen selbst und für sich beantwortet werden. Wir alle können die Konsumenten darin unterstützen, indem wir als Wirtschaft Informationen anbieten und auch Hilfestellung bei dem Verstehen leisten. Der Grundstein für Verständnis wird schon früh gelegt, nämlich im Kindesalter – deshalb werden die Wünsche und Forderungen nach einer verstärkten Ernährungsbildung und der Vermittlung von Lebensmittelkompetenz in der Kita und Schule immer lauter. Die Ideen reichen von Projektwochen, über die Implementierung von Ernährung in andere Fächer wie Biologie oder Chemie bis hin zu einem eigenständigen Fach „Ernährung“. Aber was ist realistisch, was ist zielführend und welche anderen Ideen gibt es noch?

Darüber wollen wir nachher auf dem Podium diskutieren in einer Runde mit den wichtigsten Akteuren: Frau Ministerialdirigentin Elfriede Ohrnberger von der Kultusministerkonferenz, Klaus Müller von der Verbraucherzentrale Bundesverband und Thomas Mahlberg als politischer Vertreter aus dem Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft. Ich danke Ihnen Dreien recht herzlich für Ihre Bereitschaft und bin sehr gespannt auf Ihre Positionen und Anregungen.

Zuvor aber hören wir ein Update aus dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Lieber Herr Staatssekretär Dr. Kloos, ich freue mich sehr und danke Ihnen, dass Sie heute in Vertretung des Bundesministers zu uns sprechen! Es gibt zurzeit einige Themen auf Ihrer Agenda, über die es zu diskutieren gilt. Denn Sie beschäftigen sich auch in vielerlei Hinsicht mit dem Thema Bildung. So steht über allem die Frage, was können wir vom Verbraucher verlangen zu wissen und zu entscheiden? Wie viel gesunden Menschenverstand kann man voraussetzen? Wir sollten

heutzutage davon ausgehen, dass die Menschen soweit aufgeklärt und verständig sind, dass sie eigene Entscheidungen treffen können. Manchmal hat man aber den Eindruck, als würden Teile der Gesellschaft den Konsumenten mit einem unfähigen, hilflosen Wesen gleichsetzen, das vor allen äußeren Einflüssen, ja sogar vor sich selbst und seinem eigenen Willen geschützt werden müsse.

Werbebeschränkungen und Werbeverbote legaler Produkte wie jüngst im Fall Tabak sind so ein Beispiel dafür. Werbung ist seit jeher ein bewährtes Mittel zur Bekanntmachung und Verkaufsförderung. Jeder von uns nutzt Werbeimpulse für sich selbst. Im Vorstellungsgespräch will man sich gegenüber Mitbewerbern ins rechte Licht rücken, vor der ersten Verabredung kann der prüfende Blick in den Spiegel oft stundenlang dauern. Agenturen pitchten um einen Kunden, Politiker werben um Wähler. Auch im Tierreich steht Werbung ganz oben auf der Tagesordnung. Werbung ist aus unserem Leben nicht wegzudenken. Wenn Wirtschaftsunternehmen Werbung betreiben, tun sie also etwas völlig Selbstverständliches. Werbung ist ein fester Bestandteil unserer Marktwirtschaft. Aber mit einem totalen Werbeverbot wird in das Grundrecht der Meinungsfreiheit eingegriffen und gerade diese bedeutende und nicht selbstverständliche Meinungsfreiheit sollte dieser Tage besonders hochgehalten werden. Auch wenn das auf der anderen Seite bedeutet, dass wir uns ziemlich viele unsinnige Aussagen anhören müssen wie der Vorwurf, dass Erfrischungsgetränke und Süßwaren mit einem Health Claim beworben werden, damit sie denselben Stellenwert wie Gemüse bekommen. Schokohasen enthalten Mineralöl und Bier Glyphosat – beides natürlich krebserregend. Leider haben die NGOs vergessen zu erwähnen, dass man für diesen Effekt 60 Hasen täglich naschen und mindestens 1.000 Liter Bier am Tag trinken müsste. Da ist die Frage „wie viel ist zu viel“ einfach zu beantworten.

Die Werbung ist aber nicht der einzige Dorn im Auge der Kritiker. Vielmehr geht es darum, sich Maßnahmen zu überlegen, mit denen man die Konsumenten vor den Inhaltsstoffen Fett, Zucker und Salz schützen kann. Für den menschlichen Organismus lebensnotwendige Nährstoffe werden derart in Verruf gebracht, dass sie öffentlich als Wurzel allen Übels dargestellt werden. Die einen wollen sie besteuern, die anderen reduzieren. Es wird nur auf den Teller geschaut, aber nicht über dessen Rand hinaus. Die Ernährung allein und speziell einzelne Nährstoffe, sind nicht verantwortlich für Übergewicht und Folgeerkrankungen. Es kann nicht sein, dass in Großbritannien die Hersteller von Erfrischungsgetränken nun mehr oder weniger den Sportunterricht an Schulen zahlen müssen. Das ist vollkommen absurd. Wenn sich hier ein Unternehmen öffentlich für einen gesunden Lebensstil engagiert und beispielsweise freiwillig und unter voller Transparenz eine sportliche Veranstaltung fördert, dann ist von „Reinwaschungen“ und „Feigenblättern“ die Rede. Aber wenn der Staat es anordnet mit einer steuerlichen Abgabe, dann ist es legitim? Es ist nicht nachvollziehbar, wie die Grenzen von fünf und acht Prozent zugesetztem Zucker berechnet wurden und welche wissenschaftliche Erkenntnis diesen Prozentzahlen zugrunde liegt. Warum wird zwischen natürlichem und zugesetztem Zucker unterschieden bei der Besteuerung, wenn es doch angeblich um die Bekämpfung von Übergewicht geht? Zucker hat immer denselben Brennwert und liefert gleich viel Energie, nämlich vier Kilokalorien pro einem Gramm.

Sie wissen, worauf ich hinaus will. Die Zuckersteuer auf Erfrischungsgetränke in Großbritannien sowie generell Sondersteuern auf Zucker oder Fett sind reine Willkür ohne wissenschaftliche Grundlage. Sie dienen dazu, die Staatskassen zu füllen, treffen besonders die sozial benachteiligten Verbraucher und werden unserer Meinung nach keinerlei Effekt haben auf die Entwicklung der Übergewichtszahlen. Geeignete Maßnahmen im Rahmen der Übergewichtsprävention können nur

auf Basis gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse erfolgen. Aber was wissen wir sicher? Da viele Ernährungsstudien reine Beobachtungsstudien sind, auf Befragungen beruhen oder nur Korrelationen abbilden anstelle von Kausalitäten, ist vieles im Bereich der Ernährungswissenschaften diskussionswürdig. Außerdem kommen immer wieder neue Vermutungen und Erkenntnisse dazu, die Altes in Frage stellen. So gibt es keinen eindeutigen wissenschaftlichen Beleg dafür, dass der Konsum einzelner fett- und/oder zuckerhaltiger Lebensmittel für die Entstehung von Übergewicht verantwortlich ist und ein erhöhter Salzkonsum mit einem vergrößerten Risiko für kardiovaskuläre Erkrankungen wie Bluthochdruck assoziiert ist.

Hinzu kommt, dass derzeit nur wenige aktuelle und repräsentative Daten verfügbar sind, die Auskunft über die tatsächliche Nährstoffaufnahme der Bevölkerung in den einzelnen EU-Staaten geben. Darüber hinaus gibt es nur wenige empirische Erkenntnisse darüber, wie sich eine Reduzierung bestimmter Nährstoffe überhaupt auf die Gesundheitslage der Bevölkerung auswirkt. Diese Informationen sind jedoch unerlässlich, um geeignete Maßnahmen zur Prävention von Übergewicht abzuleiten – insbesondere, wenn man über die Reformulierung von Produktrezepturen nachdenkt.

Deshalb begrüßen wir es, dass im Rahmen der Roadmap for Action on Food Product Improvement eine Verbesserung der wissenschaftlichen Basis und statistischer Erhebungen sowie ein entsprechender Austausch auf EU-Ebene im Bereich der Forschung angestrebt wird. Ebenso ist es zu begrüßen, dass der Erfahrungsaustausch zu produktbezogenen Ansätzen und Forschungsprojekten gefördert werden soll. Auf der anderen Seite sind die vorgeschlagenen Maßnahmen der Roadmap wie beispielsweise eine harmonisierte Steuerung von Produktveränderungen auf der Basis spezifischer Benchmarks jedoch nicht zielführend – und zwar aus verschiedenen Gründen. Das Essen wird hier heruntergebrochen auf den Aspekt der Nährstoffaufnahme. Genuss, Kultur und Tradition werden überhaupt nicht mehr berücksichtigt. Dabei ist es das, was auch die Vielfalt in Europa ausmacht. Lebensmittel, die nach traditioneller Weise, auf ländertypische Art hergestellt werden, sind eine Bereicherung für den Esstisch und haben eine soziale und gesellschaftliche Bedeutung. Wo kommt man schneller und einfacher zusammen, wo kann man besser Gastfreundschaft zeigen, als bei einem gemeinsamen Essen? Diese Individualität und Vielfalt muss bewahrt werden.

Ebenso müssen verschiedene Aspekte bei der Änderung der Lebensmittelrezeptur berücksichtigt werden. Um eine entsprechende Verbraucherakzeptanz zu gewährleisten, müssen Geschmack, Aussehen, Konsistenz und Haltbarkeit in vergleichbarer Qualität zu den Ursprungsprodukten erhalten bleiben, denn nur, wenn das Produkt dem Verbraucher auch weiterhin schmeckt, wird er es auch zukünftig kaufen. Ferner spielen Zutaten wie Salz und Zucker auch für die Haltbarkeit und damit die Produktsicherheit eine wichtige Rolle, die – je nach Produkt – bei reduziertem Einsatz nicht mehr in gleicher Weise gewährleistet wären. All diese Punkte müssen berücksichtigt werden, wenn wir über Reformulierungsstrategien sprechen. Selbstverständlich befasst sich unsere Branche kontinuierlich mit der Entwicklung innovativer Produkte und greift aktuelle Verbraucherwünsche auf. Dies beinhaltet auch die Fortentwicklung der Produktzusammensetzung hinsichtlich des Salz-, Fett-, Zucker- oder Energiegehalts. Aber das geschieht auf freiwilliger Basis. Benchmarks, wie in der Roadmap vorgesehen, bedeuten einen Eingriff in die Rezeptur- und damit die Produktvielfalt. Wir brauchen kein gesetzlich vorgeschriebenes Rezeptbuch, sondern wir müssen unsere unternehmerische Freiheit behalten. Veränderungen von Produktrezepturen können immer nur eine Option darstellen, jedoch nicht die Übergewichtsproblematik lösen.

Zucker und Fett sollten nicht länger als vermeintliche Gefahr dargestellt werden. Und zwar nicht nur, weil die wissenschaftlichen Belege für diese Theorien fehlen, sondern auch, weil eine Stigmatisierung ins Gegenteil dessen umschlagen kann, was die Gesundheitsaposteln erreichen wollen. Erst kürzlich wurde im Journal of Pediatrics eine Studie veröffentlicht, die zu dem Ergebnis kam, dass Eltern, die das Ernährungsverhalten ihrer Kinder überdramatisieren, damit erreichen, dass die Kinder überhaupt erst dick werden. Ernährungsverbote wirken sich kontraproduktiv aus und sorgen dafür, dass das Verbotene erst recht attraktiv wird. Dann verliert man schnell das richtige Maß und wir sind wieder bei der Antwort auf die Frage „wie viel ist zu viel?“.

Der notwendige Lösungsansatz für die Übergewichtsprävention könnte damit beginnen, dass wir damit aufhören buchstäblich das Haar in der Suppe zu suchen und Ernährung wieder als Gesamtkonzept betrachten, als Genuss, als Freude als kulturelles Erbe. Dass wir unsere sicheren und hochwertigen Lebensmittel wieder wertschätzen und nicht hysterisch als Krankmacher verunglimpfen. Denken Sie ganzheitlich: Faktoren wie Bewegung, Stress, genetische Voraussetzungen, also das körperliche und seelische Wohlbefinden, dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Und da sind wir wieder bei dem Faktor Bildung. Vorurteilsfreie, wissenschaftsbasierte, objektive Aufklärung und das Erlernen von Lebensmittelkompetenz ist gefragt, damit die Konsumenten weiterhin dazu befähigt sind, selbst zu entscheiden nach ihren persönlichen Vorlieben.

Das ist der nächste entscheidende Punkt: die Menschen sollen echte Wahlfreiheit haben und keine vorgetäuschte Wahlfreiheit in Form von Nudges oder gar in Form von Bevormundung. Knapp zehn Prozent der Deutschen sind mittlerweile Vegetarier – aus freien Stücken. Hinzu kommen eine ganze Reihe Flexitarier, die nur gelegentlich Fleisch essen – auch aus freien Stücken. Die Tendenz ist steigend. Diese Menschen haben die Wahl und sie haben für sich eine Entscheidung getroffen. Wenn wir Veggie-Days einführen und nur noch Bio-Fleisch anbieten würden, hätten wir eine ganze Reihe Zwangsvegetarier geschaffen. Eine staatlich vorgeschriebene Ernährungsweise ist völlig konträr zum Freiheitsgedanken unserer Gesellschaft.

Wir haben in Deutschland ein umfangreiches, sicheres und qualitativ hochwertiges Lebensmittelangebot, das dem Verbraucher eine hervorragende Basis bietet um eine Auswahl zu treffen, die seinen individuellen Bedürfnissen und Vorlieben entspricht und es ihm ermöglicht, sich gesund zu ernähren. Das vielfältige Angebot wird stets dem Markt und den sich verändernden Bedingungen angepasst, sei es durch die Veränderung bestehender Rezepturen oder die Entwicklung von Neuprodukten. Wir klären über unsere Lebensmittel auf, durch die Verpackungen, durch Internetseiten, Broschüren und im direkten Dialog. Zudem engagieren wir uns gesellschaftlich, wie bei Kochkursen oder sportlichen Veranstaltungen. Nicht zu vergessen die Herausforderungen, die die sich verändernde Medienlandschaft mit sich bringt. 80 Prozent aller Erwachsenen nutzen regelmäßig das Internet. Unter den 14- bis 29-jährigen Internetnutzern sind fast alle in einem oder mehreren Sozialen Netzwerken angemeldet. Da reichen nicht mehr nur Texte, da sind Videos und Bilder aus der Produktion und Live-Webcams gefragt. Vor allem aber schnelle, ehrliche und offene Kommunikation.

Im Internet liegt nicht nur die größte Herausforderung, sondern auch eine große Chance für den gesamten Bildungsbereich. Wenn man sich bewusst macht, dass es heutzutage über fast alle Fragen dieser Welt ein YouTube-Video gibt, Jugendliche das Fernsehen längst gegen Streamingdienste eingetauscht haben und Blogger die neuen Meinungsbildner sind, dann ist klar, dass die Debatte

nicht nur über die zu vermittelnden Inhalte geführt werden muss, sondern auch wie diese Inhalte vermittelt werden.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär, mit Blick auf den Dialog zwischen Wirtschaft und Politik kann ich Ihnen versichern, dass die Lebensmittelbranche weiterhin konstruktiv mitarbeitet und weiterhin freiwillige Initiativen vorantreibt. Aber lenkende Markteingriffe im Bereich Lebensmittel und Ernährung sind unserer Meinung nach der falsche politische Weg. Es sollte darum gehen, über Ernährungs- und Verbraucherbildung sowie freiwillige, zusätzliche Verbraucherinformationen als Profilierungsinstrument im Wettbewerb Marktanreize für Unternehmen und Verbraucher zu schaffen. Und ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass politische Entscheidungen nicht geltende rechtsstaatliche Grundsätze außer Kraft setzen dürfen, ich nenne hier nur als Beispiel im Bereich Kontrollen die Internetveröffentlichungen sowie die Hygiene-Ampel. Nun bin ich gespannt auf Ihre Ausführungen und bedanke mich bei Ihnen allen fürs Zuhören. Herzlichen Dank!